

Sperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort.

Der saarländische Weg.

Gemeinsam die Weichen für die Zukunft unseres Landes stellen.

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Saarlandes

Annegret Kramp-Karrenbauer

Staatskanzlei des Saarlandes

Saarbrücken, den 26. Juni 2013

Weitergabe und Veröffentlichung des Inhalts des Redeentwurfs im Gesamten oder in Teilen sowie das Anfertigen von Kopien oder Abschriften – auch in digitaler Form – sind bis zum Ablauf der Sperrfrist grundsätzlich untersagt. Der Redeentwurf ist bis dahin vertraulich zu behandeln und darf nur an befugte Dritte mit einem entsprechenden Hinweis weitergegeben werden.

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Saarländerinnen und Saarländer,

vor etwas mehr als einem Jahr schlossen sich CDU und SPD in diesem Hause zu einer gemeinsamen Regierungskoalition zusammen. Sie schlossen sich zusammen, um die (1) wirtschaftliche Entwicklung auf hohem Niveau zu halten, (2) die öffentliche Neuverschuldung auf Basis der Schuldenbremse zurückzuführen, sowie (3) auch in Zukunft eine gute Lebensqualität zu gewährleisten – und das in einem auf Dauer selbstständigen Saarland.

Knapp zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler hatten am Wahltag CDU und SPD hierzu ihr Mandat erteilt. Diese breite Unterstützung war und ist Verpflichtung. Verpflichtung, diese Ziele in den kommenden Jahren zu erreichen. Das ist ein Kraftakt sondergleichen. Ein Kraftakt, den die Politik nicht alleine leisten kann. Ein Kraftakt, der die breite Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger braucht. Ein Kraftakt, den wir – als Saarländerinnen und Saarländer – nur gemeinsam schaffen werden.

Denn mit der Schuldenbremse haben wir uns verpflichtet, dass wir die Neuverschuldung Schritt für Schritt zurückfahren – und zwar auf null bis zum Jahr 2020. Das ist unvermeidbar, wenn wir auch in Zukunft ein eigenständiges Bundesland sein und nicht die Handlungsspielräume der nachfolgenden Generationen einengen wollen. Gleichzeitig – und das ist für uns eine leitende Handlungsmaxime – werden wir darauf achten, dass die notwendigen Sparmaßnahmen möglichst gerecht erfolgen und nicht von einzelnen Bereichen allein erbracht werden müssen.

Dazu werden wir die Betroffenen weitest möglich einbeziehen und werden mehr Beteiligung möglich machen.

Sparen ist kein Selbstzweck. Sparen muss Handlungsräume schaffen. Handlungsräume für Wachstums- und Zukunftsimpulse. Nur wenn wir unsere Chancen voll nutzen, werden wir eine selbstbewusste und selbstständige Zukunftsregion im Herzen Europas bleiben.

Diese Ziele verfolgen wir in unserer eigenen Art, mit unserem saarländischen Weg:

- Wir ringen um Lösungen und treffen politische Entscheidungen soweit es geht gemeinsam mit den Betroffenen, anstatt etwas nur von oben zu verordnen.
- Wir sparen und werden dabei aktiver gestalten. Wir machen aus der Not eine Tugend. Wir erarbeiten das Beste, was wir mit begrenzten Mitteln erreichen können.
- Unser Weg heißt mehr als sparen. Wir setzen Akzente und Impulse für morgen. Wir gestalten Zukunft für unser Land.

1.

Wir wissen: Es genügt nicht mehr, dass Regierungen, dass Parlamente, dass Mandatsträger durch Wahlen legitimiert sind. Nein, die Menschen akzeptieren nicht mehr, dass Politik ausschließlich von oben verordnet wird – schon gar nicht, wenn es um Einsparungen und Einschnitte geht.

Auch und gerade nicht mehr in Deutschland – trotz unseres vergleichsweise hohen Wohlstands- und geringen Arbeitslosenniveaus. Das muss zurzeit meine Kollegin in Nordrhein-Westfalen erfahren. Dort demonstrieren Landesbeschäftigte gemeinsam mit den Gewerkschaften lautstark gegen eine Nullrunde für einen Teil der öffentlich Bediensteten. Das muss zurzeit auch der Senat in Bremen erfahren. Dort hat ein ganzes Spezialeinsatzkommando der Polizei seine Versetzung in andere Bundesländer beantragt, weil Bremen die Tariferhöhung nicht auf alle Beamten übertragen will.

Ich sage das nicht mit Häme, schon gar nicht mit Selbstzufriedenheit. Unsere Einigung mit den Gewerkschaften, auf die ich noch zu sprechen komme, war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Aber es war nur ein erster Schritt. Es werden viele weitere, viele schwere Schritte folgen. Klar ist aber – und deswegen verweise ich auf Nordrhein-Westfalen und Bremen: Basta-Politik war gestern.

Heute heißt es: Einbeziehen, Mitnehmen, Zusammenarbeiten.

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, warum die Politik über Maßnahmen entscheidet, die ihr Leben, ihre Familie, ihre Arbeit, ihre Freizeit, ihre Umwelt betreffen.

Wir als Regierung sind entschlossen, den Konsolidierungsbeitrag zur Sicherung unseres Landes zu erreichen. Das wird nicht ohne Einschnitte möglich sein. Aber wir sind gleichermaßen entschlossen, die Betroffenen in unsere Beratungen, in unsere Planungen und in unsere Entscheidungen so weit wie möglich einzubeziehen.

Das meine Damen und Herren, ist nicht zuletzt eine Frage der Wertschätzung und des Respekts, die wir den Menschen im Land ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landesdienst schuldig sind.

Konkret heißt das:

1. Einbeziehen

Niemand kennt eine Materie besser als die Betroffenen. Von daher ist es schlicht ein Akt der Vernunft, denjenigen zu konsultieren, der am meisten von einer Sache versteht.

2. Teilnehmen

Es geht nicht darum, einfach Regierungsentscheidungen abzunicken. Nein; die Betroffenen sollen vielmehr die Möglichkeit haben, sich mit ihrem Knowhow einzubringen, wenn die beste Lösung gefunden werden muss.

3. Zusammenarbeiten

Entscheidend ist, dass Entscheidungen und Maßnahmen in ihrer Umsetzung gemeinsam, von Regierung und Betroffenen, mitgetragen werden – als Partner im Gestaltungsprozess.

All das setzt voraus, dass sich die Politik einen neuen Begriff von Regierungshandeln aneignet. Dieser neue Begriff ist der des partnerschaftsorientierten Handelns. Die Betroffenen werden vom Objekt zum Subjekt im Entscheidungs- und Gestaltungsprozess.

Dieser Regierungsstil wird für die Politik und die Regierungszeit der Großen Koalition stehen. Ein Regierungsstil, der sich kurz gefasst beschreiben lässt als: Soweit wie möglich gemeinsam, statt von oben herab.

Das, meine Damen und Herren, ist nach unserer Überzeugung nicht nur die moderne, die zukunftsweisende Form der Demokratie. Das ist nach unserem Ermessen auch der einzige Weg, einen Kraftakt wie die Konsolidierung der Landesfinanzen zu stemmen.

Dabei geht es uns keineswegs darum, unsere Verantwortung an andere zu delegieren. Einbeziehen und Teilnehmen ohne konkretes Ergebnis enden in der Beliebigkeit.

Wir aber brauchen Entscheidungen, die uns zum Ziel führen und die wir am Ende des Tages als Politik in eigener Verantwortung treffen müssen. Denn es wird nicht immer möglich sein, allen Betroffenen gleichermaßen gerecht zu werden. In solchen Fällen müssen wir – und das ist nach meiner festen Überzeugung auch eine Verpflichtung gegenüber unserem Land – danach entscheiden, was langfristig dem Gemeinwohl, was allen Saarländerinnen und Saarländern dient.

Wir stehen zu unserer politischen Verantwortung. Diese Koalition hat sich von Beginn an klare Zielvorgaben für die gemeinsame Regierungszeit gesetzt, an denen wir uns auch messen lassen.

2.

Meine Damen und Herren, die Rückführung des strukturellen Defizits – das heißt auf den ersten Blick zunächst einmal Kürzung der Ausgabenseite, oder schlicht: sparen.

Einerseits verlangt die Einhaltung der Schuldenbremse von uns Haushaltsverbesserungen von ca. 65 Mio. Euro pro Jahr. Andererseits erhalten wir jährliche Konsolidierungshilfen des Bundes von 260 Mio. Euro nur dann, wenn wir diese Verbesserungen in unserem Haushalt auch tatsächlich umsetzen.

In ihrer Haushaltsklausur Anfang letzter Woche hat die Landesregierung die Weichen gestellt, dass wir auch im Jahr 2014 von den Konsolidierungshilfen des Bundes profitieren können. Im Vergleich zu diesem Jahr werden wir die Verschuldung um weitere rund 70 Mio. Euro reduzieren.

Die Nettoneuverschuldung sinkt dadurch von 526 Mio. Euro in diesem Jahr auf rund 455 Mio. Euro im kommenden Jahr – und liegt damit unter den jährlichen Zinslasten von knapp 500 Mio. Euro für unsere Altschulden. Ohne Altschulden müssten wir im nächsten Jahr also keine neuen Schulden aufnehmen. Das zeigt: Wenn wir weiter konsequent am eingeschlagenen Sparkurs festhalten, ist ein ausgeglichener Haushalt zu schaffen. Zumal dann, wenn am Ende des Prozesses ein Teil unseres Altschuldenproblems solidarisch bewältigt werden kann.

Allerdings wird der Weg dorthin kein leichter sein. Von den notwendigen Einsparungen – und da gibt es nichts herumzudeuteln – sind und werden zahlreiche Institutionen, Maßnahmen und Personen betroffen sein.

Mit dem kommunalen Entlastungsfonds (KELF) haben Land und Kommunen gemeinsam zu Beginn der Legislaturperiode eine Lösung erarbeitet, um die Belastungen für unsere Gemeinden und Städte abzufedern. Mit dem KELF unterstützt die Landesregierung ihre Kommunen mit rund 120 Mio. Euro auf deren Weg zu ausgeglichenen Haushalten und der Einhaltung der Schuldenbremse. Um den Kommunen Planungssicherheit zu geben, werden wir neben der gesetzlichen Grundlage für dieses Jahr besonders die wesentlich strengeren Auflagen des Stabilitätsrats ab dem Jahr 2014 berücksichtigen müssen. Angesichts der hohen Verschuldung der Kommunen am Kreditmarkt ist der Fonds unser Beitrag auf dem Weg zu einem strukturellen Defizitabbau bei den saarländischen Kommunen.

Die Aufgabe von uns – ich spreche nicht nur für die Regierung, sondern für die Politik im Gesamten – ist es, auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt dafür zu sorgen, dass dies nicht als Kürzen nach der Rasenmäher-Methode erfolgt. Wir müssen dafür sorgen, dass wir gleichzeitig brachliegende Modernisierungsressourcen und Innovationspotentiale nutzen.

Wir Saarländerinnen und Saarländer haben uns aber immer schon dadurch ausgezeichnet, dass wir das Beste aus jeder Lage machen und unseren eigenen Lösungsweg entwickeln – den saarländischen Weg eben. Und so ist es auch diesmal:

Sparen alleine genügt nicht. Wir müssen aus der Not eine Tugend machen. Sparen und Gestalten, darum geht es. Nur beides zusammen wird unser Land und unsere Eigenständigkeit langfristig sichern.

Lassen Sie mich das am Beispiel des Öffentlichen Dienstes skizzieren:

Einen Teil der Einsparungen, nämlich ca. 15 Mio. Euro und damit knapp ein Viertel des jährlichen Haushaltskonsolidierungsbetrags, werden wir ab nächstem Jahr durch die Reorganisation des Öffentlichen Dienstes erzielen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 mehr als zehn Prozent der Stellen im Landesdienst – also rund 2.400 Stellen – abzubauen.

Dies ist nicht nur unsere Antwort auf die Anforderungen der Schuldenbremse. Es ist auch unsere Antwort auf die demografische Entwicklung. Der Öffentliche Dienst im Jahr 2020 wird deutlich kleiner sein. Eine zahlenmäßig schrumpfende Gesellschaft kann und muss auch mit einem personell kleineren Öffentlichen Dienst auskommen.

Dabei galt von Anfang an: Der Stellenabbau soll durch Aufgabenkritik und schlankere Organisationsformen ermöglicht werden – ohne betriebsbedingte Kündigungen.

Der Öffentliche Dienst im Jahre 2020 soll aber nicht nur kleiner, er soll auch ‚feiner‘ sein. Das heißt: Wir wollen einen noch moderneren und effektiveren Öffentlichen Dienst in ganz Deutschland. Und wir wollen für die Beschäftigten einen attraktiven Öffentlichen Dienst. Dies nicht nur, was die faire und angemessene Bezahlung betrifft, sondern auch in Bezug auf optimale Entwicklungsperspektiven für die Bediensteten, in Bezug auf familienfreundliche Arbeitsplätze und vieles andere mehr.

Der Öffentliche Dienst wird in Zukunft sehr viel stärker im Konkurrenzkampf mit Arbeitsplätzen in der Wirtschaft stehen, als das heute der Fall ist. In Zeiten des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels sind attraktive Beschäftigungsverhältnisse auch ein Beitrag zur Qualitätssicherung. Ein moderner und effektiver Landesdienst geht nur mit zufriedenen und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Schließlich wollen wir einen Landesdienst, der auch mit geringerer Personalstärke seinen Anforderungen voll gerecht wird. Ein kleinerer Öffentlicher Dienst, das darf nicht heißen: schlechtere Leistungen für Bürgerinnen und Bürger.

3.

Der Öffentliche Dienst ist darüber hinaus ein hervorragendes Beispiel, welche Erfolge wir erzielen können, wenn Landesregierung und Betroffene gemeinsam zum Wohle unseres Landes Entscheidungen treffen.

Von vornherein war es unser fester Wille, den Konsolidierungsprozess im Öffentlichen Dienst im engen Schulterschluss mit Gewerkschaften, den Personal- und Interessenvertretungen und mit den Beschäftigten durchzuführen.

Auf Seiten der Gewerkschaften war dankenswerter Weise die Bereitschaft vorhanden, einen solchen gemeinsamen Weg auszuloten. Folglich sind im vergangenen Jahr Landesregierung und Gewerkschaften in einen intensiven Dialog getreten. In mehreren Spitzengesprächen und in knapp 30 gemeinsamen Arbeitsgruppen wurden die Einsparpotenziale und Aufgabenkritik für die kommenden Jahre erörtert.

Die Art und Weise der Kooperation und der Partnerschaft, die Atmosphäre der Gespräche, der konstruktive Wille aller Beteiligten – das ist alles andere als selbstverständlich. Aus diesem Grund ist es mir ein Herzensanliegen, den beteiligten Gewerkschaften meinen aufrichtigen Dank auszusprechen.

Unter der Überschrift „Zukunftssichere Landesverwaltung“ erzielten am 8. Juni der Deutsche Gewerkschaftsbund Saar, der Deutschen Beamtenbund und Tarifunion Saar, die Gewerkschaft öffentlicher Dienst und Dienstleistungen, die Gewerkschaft der Polizei und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gemeinsam mit der Landesregierung eine Einigung, die – und da möchte ich Herrn Ewald Linn, den Landesvorsitzenden des Beamtenbundes, zitieren – ein „historisches Ergebnis“ für den Öffentlichen Dienst im Lande darstellt:

- Der Reduktion um 2.400 Stellen wird von den Partnern als Grundlage der Planungen zur Kenntnis genommen. Dabei werden ca. 40 Prozent der durch Pensionierungen oder Renteneintritte frei werdenden Stellen nicht wiederbesetzt und die Regelaltersgrenze der Beamten schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Was die besonderen Altersgrenzen bei den Polizei- und Justizvollzugsbeamten und den Beamten der Berufsfeuerwehr betrifft, werden wir Regelungen finden, die den besonderen Belastungen dieser Berufsgruppen gerecht werden.
- Im Gegenzug sind wir als Land bei der Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamten an die Grenze der Haushaltsbelastung gegangen. Die Erhöhung von insgesamt 4,5 Prozent in diesem und im nächsten Jahr ist nun gesichert. Eine Gegenfinanzierung erfolgt durch zeitlich nachgelagerte Besoldungs- und Versorgungsanpassungen bei künftigen tarifvertraglichen Vereinbarungen.
- Zudem haben wir uns auf weitere Verbesserungen für die Beamten geeinigt. So werden beispielsweise der 30-Tage-Jahresurlaub zur Regel, die Leistungen der Beihilfe bis zum Ende der Legislaturperiode beibehalten und die Familienpflegezeit auch für Beamte eingeführt.
- Der Öffentliche Dienst soll aber nicht nur für die Beamten, er soll auch für die Tarifbeschäftigten attraktiver werden. Aus diesem Grund wird das Beförderungsbudget von 1 auf 1,6 Mio. Euro erhöht. Wir werden zudem zahlreiche weitere Maßnahmen auf den Weg bringen, wie etwa eine Verbesserung der Nachwuchs- und Karriereförderung und der Fort- und Weiterbildung.

Diese Einigung, meine Damen und Herren, ist ein Meilenstein in der Geschichte unseres Landes.

Nie zuvor wurde in einer so engen Kooperation zwischen Gewerkschaften, Personalvertretungen und Landesregierung ein so umfassendes Gesamtpaket zur Konsolidierung eines Landeshaushaltes und zur Reorganisation der Landesverwaltung geschnürt – nicht nur mit Blick auf das Saarland, sondern auch mit Blick auf andere Bundesländer.

Mit der Einigung im Öffentlichen Dienst sind wir bereits ein gutes Stück des Weges gegangen, den andere Bundesländer noch vor sich haben. Deshalb bin ich mir sicher, dass unser Weg, dass der „saarländische Weg“ noch oft kopiert werden wird.

Ich habe bereits erwähnt, dass nur „Sparen und Gestalten“ langfristig erfolgreich sein werden. Daher haben wir gemeinsam mit den Gewerkschaften einen ambitionierten Masterplan zum Arbeitsprogramm „Zukunftssichere Landesverwaltung“ mit Maßnahmen zur Effizienz- und Attraktivitätssteigerung des Landesdienstes entwickelt. Gleichzeitig findet bereits jetzt in allen Ressorts und in den nachgeordneten Behörden eine umfassende Aufgabenkritik statt. Dabei werden Effizienzpotenziale eruiert, Vorschläge zur internen Reorganisation erarbeitet und Personalentwicklungspläne erstellt. All das unter enger Einbeziehung der Beschäftigten, der Personalvertretungen, der Frauenbeauftragten und auch der Behindertenvertretungen.

Zusammen mit den Gewerkschaften haben wir einen entscheidenden Pflock zur Zukunftssicherung unseres Landes eingeschlagen. Wir wissen aber auch: Dies wird nicht ausreichen, um in den kommenden Jahren den geplanten Sanierungspfad einzuhalten.

So wird kein Weg daran vorbeiführen, dass auch die Landesgesellschaften bei jährlich rund 60 Mio. Euro an Kapitalzuführungen ihre Konsolidierungsbeiträge erbringen. Aus diesem Grund erarbeitet derzeit ein eigens gegründeter Restrukturierungsbeirat gemeinsam mit den Geschäftsführern und Aufsichtsräten Optimierungsvorschläge. Grundlage hierfür ist – ähnlich wie in der Landesverwaltung – eine umfassende Aufgabenkritik und Organisationsanalyse.

Nach derzeitigem Planungsstand werden wir wohl künftig an der Spitze der Strukturholding Saar drei Geschäftsführer sehen, die dann gleichzeitig allen Tochtergesellschaften vorstehen. Zudem sollen zentrale Steuerungseinheiten wie etwa IT, Organisation, Rechnungswesen, Controlling etc. in einem „Shared-Service-System“ gebündelt werden. Davon versprechen wir uns nicht nur signifikante Synergieeffekte. Auch der Personalbedarf kann so auf der Zeitachse verringert werden.

Auf dem Prüfstand steht auch der Förderbereich, der mit jährlich 350 Mio. Euro einen beträchtlichen Umfang am Haushaltsvolumen einnimmt. Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Fördermittelcontrolling und -begrenzung“ evaluiert derzeit in allen Aufgabenbereichen die verschiedenen Programme auf der Grundlage nachvollziehbarer Indikatoren. Insbesondere durch den Verzicht auf nicht EFRE-kofinanzierte Landesprogramme sehen wir hier ein Einsparvolumen von insgesamt bis zu 35 Mio. Euro. Vorschläge, die zu messbaren Ergebnissen führen, erwarten wir uns von der Arbeitsgruppe im nächsten Frühjahr.

Einspareffekte verspricht auch eine verbesserte Systemsteuerung bei großen Ausgabenblöcken. Hier werden wir Überprüfungen und Effizienzanalysen zur Wirtschaftlichkeit der einzelnen Ausgabenblöcke vornehmen und Konsolidierungsspielräume ausloten. Dabei werden wir uns auch nicht scheuen, von den Bundesländern Anregungen aufzunehmen, die bestimmte Ausgabenbereiche günstiger und effizienter gestalten, als es bei uns der Fall ist.

Meine Damen und Herren, eine entscheidende Weichenstellung für ein zukunftsfähiges Saarland haben wir auch bei den Hochschulen vorgenommen. Denn es gilt, das Kernelement unserer Zukunftsfähigkeit, das Potenzial der saarländischen Hochschulen langfristig zu erhalten. Zwar können wir die Hochschulen nicht von den allgemeinen Sparbemühungen ausklammern. Aber ich will auch hier den Prozess optimal gestalten, auf eine breite Basis stellen und nachhaltige Strukturen schaffen – mit einer möglichst langfristigen Planungssicherheit für alle Beteiligten.

Ich habe mich deshalb kürzlich mit der Universität des Saarlandes und der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) auf einen Finanzrahmen für das Jahr 2014 und für die Jahre 2015 bis 2020 verständigt, selbstverständlich unter dem Vorbehalt der Zustimmung des saarländischen Landtages.

Die Übergangsregelung für 2014 und damit die Ausdehnung der derzeit gültigen Ziel- und Leistungsvereinbarungsperiode bieten uns den Raum für einen gutachterlichen Beratungsprozess durch den Wissenschaftsrat. Er wird Grundlage sein für strukturell-inhaltliche Entwicklungen, um auch unter sparsamer Haushaltsführung die Hochschulen leistungsstark und zukunftsfähig aufzustellen. Auch dafür ist es wichtig, die Eckpunkte für die den Hochschulen bis 2020 zur Verfügung stehenden Landesmittel zu kennen:

- Danach beträgt der Finanzrahmen für den Zeitraum 2015 bis 2020 für die Universität rund 180 Mio. Euro jährlich. Dies schließt Kompensationsmittel für entfallene Studiengebühren ein. Solche für die Verbesserung von Studium und Lehre bestimmten Gelder wird es also weiterhin geben. Zur Risikoabsicherung werden überproportionale Tarifsteigerungen durch das Land mitgetragen.
- Der Finanzrahmen 2015 bis 2020 für die Hochschule für Technik und Wirtschaft beträgt rund 25,5 Mio. Euro pro Jahr auch hier mit Kompensationsmitteln für entfallene Studiengebühren. Was Tarifsteigerungen angeht, hat sich die HTW anders als die Universität gegen eine Risikoabsicherung und für einen bis 2020 konstanten Zuschussbeitrag entschieden.

Dabei enthalten die Finanzrahmen noch keine Angaben zu Zuschüssen aus dem Hochschulpakt 2020. Die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern für den Zeitraum bis 2015, an denen ich als Wissenschaftsministerin und Regierungschefin selbst teilgenommen habe, sind in der letzten Woche zum Abschluss gekommen. Auch diese Ergebnisse sind ein positives Signal für die finanzielle Ausstattung unserer Hochschulen. Der seit 2009 vereinbarte Hochschulpakt wird nämlich um weitere Gelder zur Finanzierung der zu erwartenden zusätzlichen Studienanfängerinnen und -anfänger ergänzt.

Alles in allem erhalten demnach beide Hochschulen für die kommenden Jahre der Schuldenbremse eine garantierte finanzielle Planungssicherheit. Das ist für ein Haushaltsnotlageland ein echter Kraftakt, der seinen Wert in den nächsten schwierigen Haushaltsjahren beweisen wird.

Zur Ausgestaltung der strukturellen Entwicklung der Hochschulen hingegen erwarte ich wertvolle Anregungen und Vorschläge von Seiten des Wissenschaftsrats. Mit der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats, die Anfang dieser Woche mit einem breit angelegten Besuchs- und Beratungsprozess an der Universität begonnen hat, habe ich unlängst ein ausführliches Gespräch geführt.

Sobald im Januar nächsten Jahres der Wissenschaftsrat sein Strukturgutachten vorgelegt hat, wird die Landesregierung ihre Landeshochschulentwicklungsplanung anpassen und mit den Leitungen von Universität und HTW die neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen treffen. Ich will diesen Vereinbarungen nicht vorgreifen. Aber ich bin – auch mit der Erfahrung der trotz aller notwendiger Einschnitte sachlichen und von gegenseitigem Verständnis geprägten Gespräche in den letzten Wochen – sicher, dass es gelingen wird, zu Entscheidungen zu kommen, die die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sichern.

Das selbständige Saarland braucht leistungsfähige Hochschulen. Sie gehören zum Kern seiner geistigen, wirtschaftlichen und kulturellen Substanz.

Sie sind unverzichtbar für die Gewinnung von hochqualifizierten Fachkräften in unserem Land, in der Region und weit darüber hinaus. „Weit darüber hinaus“ sage ich deshalb, weil wir uns unserer Verantwortung im Föderalismus und unserer Verantwortung für die Reputation des Wissenschafts- und Ausbildungsstandortes Saarland bewusst sind.

4.

Aber, meine Damen und Herren, Rückführung des strukturellen Defizits, das heißt nicht nur Einschnitte auf der Ausgabenseite. Das heißt insbesondere auch Stärkung der Einnahmenseite mit einer weiterhin blühenden Saarwirtschaft. Die Voraussetzungen hierfür sind durchaus günstig:

- Unser industrieller Kern ist gesund und in Europa wie auch auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig. Unsere mittelständischen Betriebe und Familienunternehmen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Innovation und Beschäftigung in unserem Land.
- Unsere Unternehmen belegen in wachstumsstarken Branchen, von Logistik und Informatik über Tourismus bis Healthcare, sowie in zahlreichen innovativen Technologien eindrucksvoll die Vorzüge des Saarlandes als attraktiver Wirtschaftsstandort. Wir werden sie weiterhin unterstützen, damit unsere Saarwirtschaft in den kommenden Jahren ihre Wachstumschancen umso besser nutzen, ihre Innovationsfähigkeit beibehalten und neue Potenziale erschließen kann.
- Unsere Forschung – sowohl an den Hochschulen als auch in den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen – ist gut aufgestellt. Einzelne Bereiche sind anerkannt „exzellent“ und weltweit konkurrenzfähig. Viele geben Innovationsimpulse bis hinein in die mittelständischen Unternehmen. Hinzu kommen unsere Bemühungen zur Fachkräftesicherung, unsere Starthilfen für Gründer, unsere Serviceleistungen für Investoren und vieles andere mehr.
- Unsere Infrastruktur hat sich im Bereich des Verkehrs, des Gewerbeflächenausbaus und -managements, in der Freizeit- und Tourismusbranche, im Gesundheitswesen bis hin zum Breitbandausbau und der Kreditversorgung für den Mittelstand stetig nach vorne entwickelt.

Unser Saarland war in den letzten Jahren auf zahlreichen Gebieten eine Wachstumsregion! Wir scheuen keine Anstrengung, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Daher habe ich mich auch über den konstruktiven Jahresbericht der Arbeitskammer des Saarlandes zur wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Freitag gefreut. Nicht nur, weil ich in vielen Punkten hohe inhaltliche Überschneidungen mit den Zielen der Regierungskoalition sehe. Sondern auch weil die Arbeitskammer nur dann eine gesicherte Perspektive für unser Land sieht, wenn alle Akteure die Herausforderungen „als gemeinsame konzertierte Aktion“ verstehen – wenn wir also den saarländischen Weg beschreiten.

Auch bei der Erarbeitung und Fortentwicklung des Reichtums- und Armutsberichts für das kommende Jahr wollen wir eine breite gesellschaftliche Basis im Vorfeld der Sozialberichterstattung erreichen. Neben den Fachgesprächen mit den Wohlfahrts- und Sozialverbänden, Vereinen und Kirchen können sich die Saarländerinnen und Saarländer in moderierten Bürgerforen direkt beteiligen und einbringen – ein Forum fand bereits vorletzte Woche statt, ein weiteres folgt im Herbst.

Meine Damen und Herren, die Stärkung der Einnahmeseite heißt auch, dass wir unseren Blick auf die Bundesebene richten, dass wir nach der Maßgabe unseres Koalitionsvertrages und der Vereinbarungen mit den Gewerkschaften zum Öffentlichen Dienst Vorschläge zur Einkommensteuer und Erbschaftsteuer machen werden, die verfassungskonform und mittelstandsfreundlich sind.

Zudem werden wir keine Maßnahmen unterstützen, die sich in irgendeiner Weise finanziell nachteilig für unser Land auswirken könnten. Wie zum Beispiel eine größere Steuerautonomie der Bundesländer, die die Schere zwischen finanzstarken und finanzschwachen Bundesländern weiter öffnen würde.

Auch versteht es sich von selbst, dass eine Reform des Finanzausgleichs, wie sie Bayern, Hessen und auch Baden-Württemberg anstreben, mit uns nicht in Frage kommt. Gleichzeitig verknüpfen wir die Forderung nach der Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit der Erwartung, dass die Länder zumindest mittelbar am Steuermehraufkommen beteiligt werden und etwaige daraus resultierende Ausfälle bei anderen Steuerarten kompensiert werden

Die letzte Woche erzielte Einigung zwischen den Ländern und dem Bund zur Fortführung der sog. Entflechtungsmittel auf der aktuellen Höhe bis 2019 ist ein weiteres positives Signal auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung. Mit dieser Entscheidung wird endlich Planungssicherheit bei den Kompensationszahlungen des Bundes für die ehemaligen Gemeinschaftsaufgaben Hochschul- und Wohnungsbau sowie Gemeindeverkehrsfinanzierung und Bildungsplanung geschaffen. Das Saarland erhält so weiterhin 34 Mio. Euro an Bundesmitteln für die kommenden Jahre.

Schließlich werden wir uns insbesondere auch für eine Lösung der Altlastenproblematik einsetzen. Dies entweder nach dem Modell des Saarlandes mit einem Strukturschulden-Abbaufonds. Oder aber nach dem Hamburger Modell. Danach würden alle Altschulden in einen gemeinsamen Fonds überführt und allmählich u.a. mit Mitteln aus dem Solidaritätszuschlag gemeinsam getilgt werden.

Und Stärkung der Einnahmeseite heißt, die Stärken unseres Wirtschaftsstandorts sehr viel besser als bisher zu vermarkten und nach außen zu tragen. Hierzu dient nicht nur unsere breit und nachhaltig angelegte Marketing Strategie, die derzeit in Arbeit ist. Hierzu dient auch eine offensivere persönliche Kontaktsuche nach außen.

Ein Beispiel hierfür war die sechstägige Israelreise einer saarländischen Delegation unter Führung von Wirtschaftsminister Heiko Maas. Damit haben wir gezeigt: Die dynamische Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit Israel findet die ganze Aufmerksamkeit und die nachhaltige Unterstützung der Landesregierung. Hier besteht – wie diese Reise gezeigt hat – hohes Ausbaupotenzial, das wir nach besten Kräften fördern werden.

Weiteres Ausbaupotenzial haben auch unsere Beziehungen zu Frankreich. Im Rahmen unserer Frankreichstrategie, die wir im Herbst vorlegen werden, haben wir uns die Intensivierung insbesondere unserer Wirtschaftsbeziehungen auf die Agenda gesetzt. Zu diesem Zweck war der Wirtschaftsminister gerade auf einer zweitägigen Informationsreise in Paris.

Darüber hinaus werden wir in Zukunft weitere Märkte erkunden, weitere Partner auffindig machen und vor allem offensiv Bestandspflege betreiben. So werde ich in den nächsten Monaten Firmenzentralen außerhalb unseres Landes aufsuchen, die hier bei uns im Land Produktionsstätten unterhalten. Wir werden unsere Saarlandbotschafter in Dienst nehmen, um – wo immer es ihnen möglich ist – die Stärken und Vorteile unseres Landes Unternehmern und Investoren nahe zu bringen.

Wir sind ein starkes Land. Sorgen wir dafür, dass dies jeder weiß!

5.

Meine Damen und Herren, die kommenden Jahre – darüber macht sich niemand von uns Illusionen – werden alles andere als bequem. Aber im Jahr drei der Schuldenbremse können wir sagen: Wir liegen gut im Rennen! Die vom Stabilitätsrat festgelegten Defizitobergrenzen haben wir bisher deutlich unterschritten. Und nach den Eckdaten zum Haushalt 2014 werden wir dies im kommenden Jahr ebenfalls tun.

Gleichwohl wissen wir natürlich auch um die Risiken, die auf dem vor uns liegenden Weg noch lauern. So profitieren wir derzeit von einem außerordentlich niedrigen Zinsniveau. Schon geringfügig steigende Zinsen würden den Konsolidierungsdruck erheblich verschärfen.

Auch können wir nicht bedenkenlos von einer dauerhaft günstigen Konjunktur in den kommenden Jahren ausgehen. Die europäische Staatsschuldenkrise ist längst noch nicht überwunden. Welche Gefahren uns noch von dieser Seite drohen, weiß derzeit niemand verlässlich einzuschätzen. Wir haben also noch ein weites Feld vor uns.

Aber, meine Damen und Herren: Wir hatten einen guten Start. Wir verfügen über eine gute Kondition. Und vor allem haben wir einen Weg gefunden, der sehr vielversprechend ist.

Es ist der Weg des partnerschaftsorientierten Regierens. Es ist der Weg des „Sparens und Gestaltens“. Es ist der saarländische Weg!

Ich lade Sie alle hier im Hause und draußen in den Städten und Gemeinden ein: gehen Sie diesen Weg mit uns!